



Städtetz
Soziale Stadt NRW



Heute für Morgen

Festtag zum 20-jährigen Jubiläum des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ in Nordrhein-Westfalen am 2. Dezember 2019

Impressum

Herausgeberin

Geschäftsstelle des Städteneetzes Soziale Stadt NRW
c/o Stadt Essen

Amt für Stadterneuerung und Bodenmanagement
Margarete Meyer, Marco Eißing, Luise Jäger
Lindenallee 6–8, 45127 Essen

E-Mail: staedtenetz@amt68.essen.de
www.soziale-stadt-nrw.de

Bearbeitung

WohnBund-Beratung NRW GmbH
Brigitte Karhoff, Nathalie Liese, Dustin Abendroth
Humboldtstraße 42, 44787 Bochum

E-Mail: kontakt@wbb-nrw.de
www.wbb-nrw.de

Gestaltung und Layout

Fortmann.Rohleder Grafik.Design
www.fortmann-rohleder.de

Fotos

© 2019 Holger Krüssmann

Essen, April 2020
Alle Rechte vorbehalten. Ein Nachdruck, auch auszugsweise,
ist nur mit Genehmigung der Herausgeberin gestattet.

Inhaltsverzeichnis

Einführung	5
Thomas Kufen	
Begrüßung und Eröffnung der Festtagung	6
Dr. Petra Potz	
Moderation der Festtagung	7
Einblick „Soziale Stadt“	
Ina Scharrenbach	
Die Soziale Stadt: bauliche Sanierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt	8
Teresa Lauerbach	
Entwicklungsgeschichte, Charakteristika und Wandlungen des Programms „Soziale Stadt“	10
Prof. Dr. Uwe Altröck	
Herausforderungen und Lösungsansätze für eine kooperative Stadtentwicklung	12
Dr. Gaby Reinhard	
Partizipation, Mitwirkung und Empowerment in der Sozialen Stadt	14
Carsten Hagenau	
Ein Blick über den Tellerrand: Entwicklung der Gartenstadt Drewitz in Potsdam	16
Austauschrunde mit den Referentinnen und Referenten	18
Praxis „Soziale Stadt“	
Preisverleihung zum Wettbewerb „Vorbildprojekte der Sozialen Stadt in NRW“	20
Ausblick „Soziale Stadt“	
Timo Heyn	
Ergebnisse der Werkstattreihe „Sozialraumorientierung und ressortübergreifende Handlungsansätze“	26
Margarete Meyer	
Positionierung des Städteneetzes Soziale Stadt NRW	28
Podiumsgespräch „Zukunft der Sozialen Stadt“	30
Austausch zur Performance „#nofear: Macht den Weg frei“	32
Impressionen der Festtagung	34



v. l.: Teresa Lauerbach, Stefan Schwarz, Carsten Tum, Ministerin Ina Scharrenbach, Oberbürgermeister Thomas Kufen



Einführung

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ und nun schon mehr als 26 Jahren erfolgreicher Programmumsetzung in Nordrhein-Westfalen hat das Städtenetz Soziale Stadt NRW am 2. Dezember 2019 eine Festtagung veranstaltet. Gemeinsam mit rund 220 Akteuren aus dem Kontext „Soziale Stadt“, bspw. aus den Verwaltungen, der Politik und den beauftragten Quartiersmanagements sowie aus bürgerschaftlich getragenen Stadtteil- und Quartiersprojekten wurde dieses besondere Jubiläum in den Räumlichkeiten des Erich-Brost-Pavillons auf der Zeche Zollverein in Essen würdig gefeiert.

Anhand von Impulsreferaten, Austauschrunden und Plenumsdiskussionen wurde ein umfassender Rückblick auf die Ergebnisse von 20 Jahren erfolgreicher Bund-Länder-Programmumsetzung vollzogen, eine Positionsbestimmung zum aktuellen Stand der Arbeit vorgenommen und gleichzeitig ein Blick auf die Zukunft des Programms „Soziale Stadt“ und der Städtebauförderung im Allgemeinen geworfen. Denn angesichts sich wandelnder Trends in der Stadt- und Quartiersentwicklung sowie der Herausforderungen öffentlicher Haushalte sind auch die Rahmenbedingungen und Anforderungen für die Durchführung des Programms „Soziale Stadt“ derzeit neu zu überdenken: Bestehende Handlungsansätze und Lösungen sollten auf ihre Zukunftsfähigkeit hin überprüft werden. Mit der Festtagung konnte eine Vielzahl an wichtigen Impulse aufgenommen und – ganz nach dem Leitgedanken des Städtenetzes – zum Austausch und zu Diskussionen zwischen langjährig Erfahrenen und Neulingen im Programm „Soziale Stadt“ beigetragen werden.

Mit dem im Sommer 2019 ausgelobten Wettbewerb „Vorbildprojekte der Sozialen Stadt in Nordrhein-Westfalen“ hat das Städtenetz Soziale Stadt NRW zudem einen Aufruf gestartet, erfolgreiche Projekte aus den Quartieren „vor Ort“ zu präsentieren. Die von einer interdisziplinär besetzten Jury ausgewählten fünf Preisträgerinnen und Preisträger des Wettbewerbes wurden auf der Festtagung ausgezeichnet und konnten ihre Projekte dem interessierten Plenum vorstellen. Alle eingereichten Projekte wurden darüber hinaus im Rahmen einer Ausstellung im Foyer des Erich-Brost-Pavillons präsentiert und dienen als Anschauungsbeispiele für die sehr gute Praxis der integrierten Stadtteilentwicklung in Nordrhein-Westfalen.

Die vorliegende Dokumentation fasst die Festtagung „Heute für Morgen“ zusammen, präsentiert die einzelnen Fachbeiträge und Diskussionen und stellt die fünf ausgezeichneten Vorbildprojekte des Wettbewerbsverfahrens vor.



Thomas Kufen

Oberbürgermeister der Stadt Essen

Begrüßung und Eröffnung der Festtagung

Der Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen begrüßt alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung „Heute für Morgen – Festtagung zum 20-jährigen Jubiläum des Bund-Länder-Programms ‚Soziale Stadt‘ in Nordrhein-Westfalen“ herzlich und stellt die besondere Bedeutung des Programms „Soziale Stadt“ sowie des Städtenetzes Soziale Stadt NRW heraus. Die Arbeit des Städtenetzes zeigte insbesondere in den vergangenen Jahren, dass die teilnehmenden Kommunen über den Tellerrand hinausblicken möchten und dass für ähnlich gelagerte Herausforderungen in den Stadtteilen gemeinsam nach Lösungen gesucht wird. So werden Synergien geschaffen und neue Ideen können Einzug halten.

Heute für Morgen

Gerade die Stadt Essen weiß den Wert des Programms „Soziale Stadt“ zu schätzen, denn dank diesem konnten wichtige und wegweisende Projekte in den mittlerweile sechs Programmgebieten im ganzen Stadtgebiet auf den Weg gebracht werden. Der Titel der Veranstaltung „Heute für Morgen“ weist schon darauf hin, dass die Arbeit im Kontext „Soziale Stadt“ keineswegs abgeschlossen ist, sondern dass begonnene Entwicklungen fortgeführt und Lösungsansätze verstetigt werden müssen.

Gute Beispiele sichtbar machen

Die Problemlagen heute ähneln zwar denen von vor 20 Jahren, jedoch sind nun viele gelungene Projekte bekannt und die Akteure lassen sich leichter aktivieren. Aus einer resignierenden Haltung sind vielerorts eine Aufbruchsstimmung und der Wille zum „Anpacken“ entstanden. Insofern ist ein Fortschritt deutlich erkennbar. Guten Ansätzen und positiven Geschichten aus den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf sollte mindestens genau so viel Raum in den öffentlichen Diskursen eingeräumt werden, wie negativen Meldungen.



Dr. Petra Potz

location³ – Wissenstransfer

Moderation der Festtagung

Frau Dr. Potz ist Stadtplanerin und Inhaberin des Büros location³ – Wissenstransfer und fachlich schon lange Jahre mit dem Programm „Soziale Stadt“ vertraut. Frau Dr. Potz moderiert die Festtagung und begleitet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die Veranstaltung.

Städtenetz als wichtige Begleitstruktur der Sozialen Stadt in Nordrhein-Westfalen

Die Mitte der 1990er Jahre aufgekommenen neuen Ansätze in den „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ gaben aus Nordrhein-Westfalen heraus wichtige Impulse für die Stadtteilentwicklung insgesamt, aber auch für andere angrenzende Themenfelder. Das Städtenetz Soziale Stadt NRW stellt seit seiner Gründung 1999 eine wichtige Begleitstruktur und ein Sprachrohr für die Kommunen dar, deren Kooperation und Austausch zuvor nur lose erfolgte. Die Fest- und Fachtagung „Heute für Morgen“ bietet Gelegenheit zu feiern, aber auch in einigen Bereichen genauer hinzuschauen, um so wichtige Impulse aufzunehmen und Anstöße zu geben.

Eine Gelegenheit zu debattieren und zu reflektieren

Mit dieser Tagung soll Bilanz gezogen, Position bezogen und angesichts vielfältiger Herausforderungen und Perspektiven für die Zukunft konturiert werden. Dabei zeigen die ausgezeichneten Projekte des Wettbewerbs gute Beispiele aus der Praxis. Die Tagung bietet Raum, mit langjährigen Wegbegleiterinnen und -begleitern, mit Beobachterinnen und Beobachtern, aber auch der nächsten Generation, welche sich in dem Themengebiet engagiert, zu debattieren und zu reflektieren.



Ina Scharrenbach

Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Soziale Stadt: bauliche Sanierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die für die Städtebauförderung zuständige Landesministerin Ina Scharrenbach fasst einfü-
hend einige Eckdaten rund um das Programm „Soziale Stadt“ in Nordrhein-Westfalen zusam-
men und zeigt somit eindrucksvoll die Bedeutung des Programmes auf: 140 Stadtteile sind
seit dem Beginn der Förderung mit gut 1,36 Milliarden Euro (davon 646 Millionen Euro vom
Land Nordrhein-Westfalen, 433 Millionen Euro vom Bund und 227 Millionen Euro von der
Europäischen Union) unterstützt worden.

„Das Programm ‚Soziale Stadt‘ ist ein Mitmachprogramm: Es lädt ein, mitzugestalten und mitzudenken – Jung und Alt, Frauen wie Männer, Zugewanderte wie Einheimische – und das ist das Besondere, was Menschen verbindet und daraus ist Hervorragendes entstanden.“

Die Menschen machen die Stadt

Was das Programm allerdings ausmacht, sind nicht die nüchternen Zahlen, vielmehr lässt es sich mit der Überschrift „Neues Selbstbewusstsein im Quartier“ ausdrücken, denn neben der baulichen Sanierung geht es insbesondere um den sozialen Zusammenhalt in den Programmgebieten. Die Besonderheit des Programms „Soziale Stadt“ ist, dass dieses Selbstbewusstsein durch die vielen Akteure, die Macherinnen und Macher in den Stadtteilen entsteht. Es ist ein Programm, das einlädt mitzugestalten, mitzudenken und mitzumachen und dabei versucht, alle mitzunehmen und niemanden auszuschließen. Seine Anfänge nahm dieser neue Ansatz in der Städtebauförderung 1994 in Nordrhein-Westfalen und seit dieser Zeit richtet sich das Handeln aller Beteiligten nach einem gemeinsamen Motto: „Menschen machen Stadt“. Somit verfolgt die Soziale Stadt auch von Beginn an eine der grundlegenden Aufgaben der Stadtentwicklung, nämlich auf gesellschaftliche Veränderungen und besondere Umstände angemessen und individuell zu reagieren.

Nachhaltige Städte gestalten

Zukünftige Aufgaben der Sozialen Stadt, wie die Vernetzung von Siedlungs- und Mobilitätsentwicklung, die Frage nach bezahlbarem Wohnraum und Klimaschutz sind Aspekte einer nachhaltigen Gestaltung von Entwicklungsprozessen. Die Schaffung nachhaltiger Städte stellt also eine zentrale Leitlinie dar. Die Städtebauförderung des Bundes und der Länder wird im Jahr 2020 neu aufgestellt, sodass es weniger Förderprogramme geben wird, die jedoch flexibler eingesetzt werden können. Antragstellungsverfahren werden in diesem Zuge vereinfacht und die ressortübergreifende Arbeit verstärkt. Diese Neuausrichtung profitiert insbesondere auch von den Erfahrungen, die im Laufe der Jahre über das Programm „Soziale Stadt“, vor allem in Nordrhein-Westfalen, gesammelt werden konnten. Es hat sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt, voneinander zu lernen, denn Problemlagen und Lösungen sind oft ähnlich. In jedem Fall jedoch eint die Akteure der Sozialen Stadt der Geist, heute an das Morgen zu denken und eine nachhaltige Stadt gestalten zu wollen.



Teresa Lauerbach

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Entwicklungsgeschichte, Charakteristika und Wandlungen des Programms „Soziale Stadt“

Teresa Lauerbach begleitet das Programm „Soziale Stadt“ beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) von wissenschaftlicher Seite und dokumentiert insbesondere die Entwicklung des Programms. Als Datengrundlagen dienen hierzu die Erhebungen für das bundesweite Monitoring der Städtebauförderung, das die Förderdaten sowie die von den Kommunen bereitzustellenden elektronischen Begleitinformationen umfasst. Ziel der Forschungsarbeit ist es, auch festzustellen, welche Stellschrauben betätigt werden müssen, um das Programm erfolgreich weiterentwickeln zu können.

Integrierter Ansatz als zentraler Bestandteil

Die Entwicklungslinien des Programms „Soziale Stadt“ machen deutlich, dass der integrierte Ansatz wesentlicher Bestandteil ist und im Laufe der Zeit noch an Bedeutung hinzugewonnen hat. Der integrierte und themenübergreifende Ansatz ist hier im Vergleich zu anderen Programmen besonders ausgeprägt, was u. a. die Anzahl der Beteiligungsmöglichkeiten pro umgesetzte Maßnahme deutlich widerspiegeln. Ein besonders erfolgreiches Instrument zur Einbindung der Bewohnerinnen und Bewohner der Quartiere stellen die Verfügungsfonds dar, mit deren Hilfe viele kleinere Projekte durchgeführt werden konnten. Nach einem zeit-

„Das Programm ‚Soziale Stadt‘ hat sich über die Jahre etabliert. Es gab verschiedene Zwischenevaluierungen, die immer wieder betont haben, wie wichtig der integrierte Ansatz ist, der mit der Sozialen Stadt in der Städtebauförderung ja etabliert wurde, um erfolgreiche Quartiersentwicklung voranzutreiben.“

weiligen Einbruch der zur Verfügung stehenden Mittel zwischen 2011 und 2013 ist seit 2014 wieder ein deutlicher Zuwachs an Fördermitteln zu verzeichnen, von dem die nordrhein-westfälischen Stadtteile besonders profitieren. Im Schnitt wurden hier etwa 23 Euro pro Einwohnerin oder Einwohner der jeweiligen Programmgebiete investiert. In den letzten Jahren konnten auch viele Mittelstädte sowie Kleinstädte und Landgemeinden am Programm partizipieren, sodass man nicht mehr von einem reinen „Großstadtprogramm“ sprechen kann. Die Herausforderungen in den Kleinstädten und Landgemeinden unterscheiden sich zwar von denen der Großstädte, stellen jedoch ebenfalls große soziale Herausforderungen dar, zu deren Bewältigung das Programm „Soziale Stadt“ effektiv beitragen soll.

Die Soziale Stadt im Wandel

Trotz des interventionistischen Charakters des Programms beträgt in Nordrhein-Westfalen die Laufzeit bei knapp 35 Prozent der Maßnahmen mehr als 15 Jahre. Dies kann als Anzeichen gewertet werden, dass viele Quartiere dauerhafte Unterstützung benötigen. Der interventionistische Charakter des Programms kann zudem in den sog. „Ankunftsquartieren“ nur begrenzte Wirkung entfalten. Die ressortübergreifende Arbeit wird spätestens seit der Implementierung der Bundesstrategie „Soziale Stadt – Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier“ weiter vorangetrieben, was die Nutzung von neuen Ressourcen anderer Ressorts ermöglicht. Die Neuausrichtung der Städtebauförderung wird voraussichtlich bisherige Förderbestände weiter mit einbinden, aber zusätzlich auch auf zukünftige Herausforderungen stärker eingehen. Zu nennen sind hier beispielsweise die Themen „Anpassung an den Klimawandel“ und „Digitalisierung“. Auch ein Förderbonus für interkommunale Zusammenarbeit ist zurzeit im Gespräch. Zudem wird dem ressortübergreifenden Ansatz ein neuer Stellenwert eingeräumt.



Prof. Dr. Uwe Altrock

Universität Kassel, Fachgebiet Stadterneuerung und Planungstheorie

Herausforderungen und Lösungsansätze für eine kooperative Stadtentwicklung

Prof. Dr. Uwe Altrock ist Inhaber des Lehrstuhls für Stadterneuerung und Planungstheorie an der Universität Kassel und konnte im Rahmen seiner Forschungstätigkeit feststellen, dass spätestens seit den Protesten rund um das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ eine Sensibilisierung innerhalb der Verwaltungen und der Politik, aber auch bei weiteren Akteuren der Stadtentwicklung, insgesamt stattgefunden hat. Beteiligung wird seitdem von Seiten der Administration ernster, breiter und tiefer praktiziert und auch die Bürgerinnen und Bürger fordern vermehrt andere kooperative Formen von Stadtentwicklung ein.

Paradoxon der Beteiligung in Stadtentwicklungsprozessen

Obwohl das Bedürfnis nach Einflussnahme auf Planungsprozesse von Seiten der Bürgerinnen und Bürger groß ist, fällt es vielen schwer, innerhalb herkömmlicher Beteiligungsformate das Gefühl zu entwickeln, Teil der Planung zu sein. Anlässe der Beteiligung sind oft nicht greifbar, deshalb erscheint der Protest einigen als wirkungsvollere Form der Einflussnahme. In frühen Planungsphasen gibt es zwar häufig viele Beteiligungsmöglichkeiten, jedoch ist zu diesem Zeitpunkt das Interesse oft relativ gering. In späteren Verfahrensschritten sinkt dann die Möglichkeit der Einflussnahme, das Interesse steigt jedoch. Auch ist festzustellen, dass es häufig lange Zeitabschnitte gibt, in denen schlicht nichts zu entscheiden ist und dass sich, wenn es dann so weit ist, vornehmlich in Beteiligungsprozessen geübte und einflussreiche Akteure einbringen. Auch die Kommunen sehen sich zunehmend eingeschränkter in ihren Handlungsmöglichkeiten, denn Planungsverfahren werden insgesamt komplexer und aufwändiger.

„Bürgerinnen und Bürger lassen sich oft nicht mehr mit normalen Beteiligungsverfahren erreichen. Sie haben aufgrund der Komplexität der aktuellen Aufgaben und Themen nicht das Gefühl in der Lage zu sein, entsprechenden Einfluss auf die Projekte zu nehmen.“

Wie können Kooperationsprozesse neugestaltet werden?

Ein Lösungsansatz für diese Problemstellungen könnte die Neuausrichtung von Kooperationsprozessen sein. Die Ressourcen, die innerhalb von Planungsprozessen benötigt werden, sind ungleich auf die verschiedenen Akteure verteilt, sodass sinnvolle Bündnisse zwischen den Akteuren geschlossen werden müssen, um die Ressourcen zusammenzubringen. Wesentliche Säulen solcher Kooperationen könnten Aktivierungs- und Beteiligungsformate, institutionalisierte Partnerschaften (mit Bewohnerinnen und Bewohnern der Quartiere), alternative Trägerschaften (Stadtteilgenossenschaften, Stiftungen, Vereine), Koproduktion (aktive Mitwirkung der Akteure am Entwicklungsprozess und bei der Schaffung von Räumen) und eine integrierte Stadtteilentwicklung (die eine Kultur des Dialogs schafft) sein. Das Programm „Soziale Stadt“ ist in Bezug auf diese Aspekte schon weiter als andere Ansätze. Kooperative Kultur wird in integrierten Stadtteilentwicklungsprozessen bereits seit Jahrzehnten eingeübt und entwickelt. Notwendig hierfür sind jedoch auch politische Freiräume und Ressourcen zur Beteiligung, die bereitgestellt werden müssen. Auch der prozessuale Charakter der Stadtentwicklung muss hierbei stark betont und die Sicherung dieses fortlaufenden Prozesses weiter vorangetrieben werden. So wird gewährleistet, dass die Koproduktion als fester Bestandteil stets eingebunden ist.

Perspektiven der Kooperation in der Sozialen Stadt

Perspektivisch werden viele der herrschenden Problemstellungen sowie auch die Vernetzung und Aktivierung als Daueraufgaben in den benachteiligten Stadtteilen bestehen bleiben. Verfestigte Armutsgefährdung, soziale Entmischung, neue Zuwanderungsherausforderungen, aber auch die Infragestellung grundlegender kommunikativer Spielregeln (bspw. „Postfaktische Ära“) stellen Themenfelder dar, die bestehende gesellschaftliche Grundlagen gefährden. Ein zentrales Ziel der kooperativen Stadtentwicklung sollte es somit sein, langfristig die Schaffung einer gemeinschaftlichen Initiative zu begünstigen, die städtebaulich investive Maßnahmen strukturell mit sozio-integrativen Fördertatbeständen verbindet.



Dr. Gaby Reinhard

Fliegener Fachhochschule Düsseldorf und ZISSAB e.V.

Partizipation, Mitwirkung und Empowerment in der Sozialen Stadt

Dr. Gaby Reinhard lehrt Methoden der Sozialen Arbeit an der Fliegener Fachhochschule Düsseldorf und ist Mitbegründerin des ZISSAB e.V. (Zentrum für Inklusion Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung). In ihrem Vortrag beleuchtet sie das Thema „Partizipation, Mitwirkung und Empowerment“ aus dem Blickwinkel der Sozialen Arbeit und weniger aus dem der klassischen Planung.

Aktuelle Herausforderungen

Festzustellen ist aktuell, dass der Diskurs um Beteiligung und Mitwirkung in der Sozialen Stadt zwei Fragen aufwirft: „Welche Rahmenbedingungen werden benötigt, um möglichst viele Menschen über verschiedene Zugänge dauerhaft zu erreichen?“ und „Wie kann es gelingen, die Interessen der Bevölkerungsgruppen, die sich nicht routiniert artikulieren, genauso ernst zu nehmen, wie andere Stimmen im Planungsprozess?“. Bereits Ende der 1990er Jahre zeigte sich im Rahmen der Erarbeitung von Integrierten Handlungskonzepten oder anderer Maßnahmen, dass gängige Beteiligungsformate vornehmlich Personen der Mittelschicht ansprachen und so zum Teil noch die Spaltung in den Quartieren vorantrieben. Zudem wurde unter Fachleuten darüber diskutiert, ob Beteiligung ein Standard oder Ziel der integrierten Stadtteilentwicklung sei.

„Die Herausforderung besteht darin, dass wir zu Verfahren kommen müssen, bei denen die Lauten und die Leisen, die Nörgler und Nörglerinnen, die Wütenden und auch die Chaoten, die schrillen Typen, Menschen mit schlechten Deutschkenntnissen und Menschen, die Schwierigkeiten haben, sich zu äußern, wirklich echte Chancen haben ihre Meinung, ihre Interessen und dann auch ihre Mitwirkungsbereitschaft zu artikulieren.“

Beteiligung als Mittel zur Überwindung der Kluft zwischen Bürokratie und Lebenswelt

Vieles hat sich seitdem verändert. Als bewährt und eingeübt kann in den Stadtteilen der Sozialen Stadt der Einsatz von methodisch vielfältigen Beteiligungsformaten angesehen werden. Hier konnten in den vergangenen Jahren neue Maßstäbe gesetzt und viele Vorzeigeprojekte umgesetzt werden. Gleichzeitig ist empirisch allerdings festzustellen, dass projektbezogene Erfolge keineswegs Ausdruck einer veränderten Beteiligungskultur innerhalb der Verwaltungen oder im politischen Raum sind. Als Indizien dafür sind das Beharren auf festgelegte Maßnahmen der Integrierten Handlungskonzepte und fehlende Flexibilität bei der Annahme neuer Herausforderungen zu sehen. Zudem passen Förderprogramme und Förderkonditionen oftmals nicht zu den lokalen Gegebenheiten. So ist auch eine gewisse systembedingte Stagnation erkennbar.

Perspektiven der Kooperation in der Sozialen Stadt

Es gilt also, informelle Entwicklungsprozesse mit formalen Planungsprozessen zu verschränken. Hierzu müssen neue Verfahren entwickelt werden. Es geht darum, im übertragenen Sinne eine Art „Humus“ im Quartier zu entwickeln, auf welchem dann erst größere Planungsvorhaben Erfolg haben können. Dieser Nährboden im oft unsichtbaren Gemeinwesen wird durch Kooperation, Vernetzung und bürgergetragene Aktivitäten geschaffen. Die Menschen müssen gefragt werden, was ihre Ängste und Probleme, ihre Freuden und Wünsche sind, aber auch, an welchen Stellen sie bereit sind, sich einzubringen. Die Organisation von Interessen im (unsichtbaren) Gemeinwesen, die für eine integrierte Stadtteilentwicklung und ein friedliches Zusammenleben in den Städten notwendig ist, kann nur über dauerhafte, personengetragene Strukturen vor Ort gelingen. Zur Verstetigung der örtlichen Entwicklungsprozesse wäre es hilfreich, wenn die Städte langfristige Kooperationsvereinbarungen mit den lokalen Trägern abschließen könnten und würden. Immer wieder von neuem muss um Lösungen, Strategien und Aufgaben gerungen werden. Hierzu sind ein respektvoller Umgang miteinander, aber auch eine kooperative Streitkultur zwischen den Partnern und schließlich die gemeinsame Entwicklung von neuen Perspektiven notwendig.



Carsten Hagenau

Projektkommunikation Hagenau

Ein Blick über den Tellerrand: Entwicklung der Gartenstadt Drewitz in Potsdam

Als Koordinator des Projektes „Gartenstadt Drewitz“ vermittelt Carsten Hagenau im Auftrag der örtlichen Wohnungsgesellschaften zwischen den Akteuren vor Ort sowie der Verwaltung und Politik. Seine Erfahrungen sind vielschichtig und von den unterschiedlichen Interessen, aber auch dem gemeinsamen Ziel, eine gerechtere Stadt zu schaffen, geprägt.

Das letzte Aufgebot des DDR-Wohnungsbaus

In dem Potsdamer Stadtteil Drewitz, der als letztes großes Wohnungsbauprojekt der DDR gilt, befand sich ein Großteil der Bestände in der Hand der sog. „sozialen“ Wohnungswirtschaft, was das Projekt in seiner Form erst möglich machte. Zunächst musste ab der Mitte der 2000er Jahre die Situation erfasst werden und eine detaillierte Analyse der baulichen und sozialen Strukturen in Drewitz erfolgen. Die Ergebnisse wurden den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung vorgestellt, da an diesen Stellen wenig Wissen über die Gegebenheiten vor Ort vorhanden war.

Die zentralen Problemlagen konnten zu Beginn des Entwicklungsprozesses schnell identifiziert werden: Es gab erhebliche Defizite im Städtebau (monotone Bauweise, fehlende Orientierungsmöglichkeiten sowie defizitäre Nutzungs- und Aufenthaltsqualitäten), im Sozialen (segregierter Standort mit sozialen Problemlagen), bei der Infrastruktur (fehlende Räumlichkeiten für Veranstaltungen) und im Wohnungsbestand (teilweiser Sanierungsbedarf).

„Wir haben für die Menschen im Quartier einen Zugang zu einem hochwertigen Freiraum geschaffen. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit – erst recht in einer Stadt mit so vielen Gärten und Schlossparks.“

Die Gartenstadt als zentraler Entwicklungsansatz

Aufgrund der vielen Freiflächen, die allerdings keine Aufenthaltsqualitäten boten, entstand die Idee, das Quartier zu einer Gartenstadt umzugestalten. Gemeinsam mit internationalen Studierenden wurden in mehreren „Sommercamps“ in der Tradition der Meisterklassen des Bauhauses erste Ansätze und Visionen entwickelt, die in einen Masterplan mündeten, welcher wiederum im Zuge einer Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner weiter präzisiert wurde. Leitidee der Planungen blieb allerdings immer das Gartenstadtkonzept, das durch Maßnahmen zur energetischen Sanierung und zur Entwicklung neuer Mobilitätsangebote ergänzt wurde. Durch den Rückbau einer großen Straße und die Ergänzung einer weiteren grünen Achse konnten Parks mit hoher Aufenthaltsqualität sowie Spiel- und Bewegungsangebote geschaffen werden. Im Rahmen der Sanierung einer Schule wurde ein Begegnungszentrum geschaffen, das einen zentralen Baustein der sozialen Infrastruktur des Stadtteils darstellt.

Eine Bilanz: Sozial gerechte Sanierung des Wohnungsbestandes

Insgesamt wurden etwa 800 Wohnungen energetisch saniert (ca. 27 Prozent). Alle öffentlichen Einrichtungen im Quartier sind saniert und die umgebenden Freiräume sind umgestaltet worden. Das neu installierte „Grüne Kreuz“ stellt eine Neuordnung der Wegebeziehungen dar und schafft Orientierung und Aufenthaltsqualität. Die energetische Bilanz der Gebäude konnte klar verbessert werden und der Stadtteil erfuhr ganzheitlich einen Imagegewinn nach innen und nach außen. Es ist ferner gelungen, eine Verdrängung von Bewohnerinnen und Bewohnern weitestgehend zu vermeiden und die Mietpreisentwicklung auf moderatem Niveau zu halten. Auch die soziale, schulische und medizinische Infrastruktur des Quartiers sind ausgebaut worden, sodass sich die Lebensqualität deutlich verbesserte.



Austauschrunde mit den Referentinnen und Referenten

Dr. Petra Potz im Gespräch mit

Teresa Lauerbach (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung)

Prof. Dr. Uwe Altrock (Universität Kassel, Fachgebiet Stadterneuerung und Planungstheorie)

Dr. Gaby Reinhard (Fliedner Fachhochschule Düsseldorf und ZISSAB e.V.)

Carsten Hagenau (Projektkommunikation Hagenau)

Sind die Kommunen heute in der Lage, unkonventionelle Ansätze aufzunehmen und von den starren Integrierten Handlungskonzepten abzuweichen?

Teresa Lauerbach: In Stadtteilen, die als Ankunftsquartiere fungieren, reichen punktuelle und zeitlich befristete Investitionen nicht aus. Investitionen in die Infrastruktur vor Ort können zwar stellenweise Impulse geben, langfristig wirken sie jedoch nur begrenzt. Damit Kommunen hier wirklich handlungsfähig sein können, muss ihre finanzielle Situation verbessert werden.

Prof. Dr. Uwe Altrock: Die Unterschiede zwischen den Kommunen sind groß und ebenso ist die Fähigkeit zu lernen und neue Wege zu gehen, unterschiedlich ausgeprägt. Einige Verwaltungen tun sich mit dem Beschreiten neuer Wege schwer. Zum einen, weil sie sich selbst ein anderes Vorgehen nicht zutrauen, zum anderen, weil es auch unterschiedliche politische und hierarchische Strukturen gibt, die einen Wandel verhindern.

Ist es ein Problem in den Kommunen, dass neben den baulichen Maßnahmen, die ja einen sichtbaren Erfolg produzieren, soziale Maßnahmen eher „unsichtbar“ bleiben?

Dr. Gaby Reinhard: Die Soziale Stadt ist nach wie vor ein städtebaulich dominiertes Programm. Dennoch ist es oftmals von den zuständigen Personen abhängig, wie sehr eine Integration des Sozialen in die Planungen gelingt. Es wäre ein gutes Zeichen, bereits auf Bundes- und Landesebene Ressortgrenzen zu überwinden und gemeinsame Fördertöpfe zu schaffen, die dann flexibel nutzbar sind. Unter den Akteuren in der Sozialen Stadt gibt es eine regelrechte Ermüdung, da sie sehen, dass sie sich immer einer Systemlogik und neuen Rahmenbedingungen anpassen müssen, gleichzeitig aber lokale Gegebenheiten andere Herausforderungen schaffen.

Carsten Hagenau: Bei der Entwicklung der Gartenstadt Drewitz und auch in nachfolgenden Projekten wurde der Ansatz verfolgt, frühestmöglich alle beteiligten Fachbereiche zu integrieren und Sachstände zu erzeugen, die von allen Seiten getragen werden. Es zeigt sich jedoch auch, dass es oftmals eine langfristige Aufgabe ist, Veränderungen durchzusetzen, und die Kommunikation stetig fortgeführt und aufrechterhalten werden muss.

Wie kann das Verhältnis zwischen den Programmgebieten der Sozialen Stadt und der gesamtstädtischen Ebene beschrieben werden?

Dr. Gaby Reinhard: Die Philosophie, raumbezogen integriertes Handeln umzusetzen, kann nur gelingen, wenn dieser Gedanke die Verwaltung und Politik durchdringt. Auf der mittleren und unteren Ebene der Verwaltung funktioniert dies vielfach schon hervorragend. Doch auch Oberbürgermeister und Verwaltungsvorstände müssen Prinzipien wie raumbezogenes oder ressortübergreifendes Handeln wollen und fördern. Zudem müssen in den Programmgebieten der Sozialen Stadt erlernte Praktiken, wie die Zusammenarbeit mit sozialen Trägern oder Einrichtungen, auf andere Stadtteile übertragen werden.

Prof. Dr. Uwe Altrock: Es braucht jemanden, der ein „Anwalt des jeweiligen Quartiers“ in der Gesamtstadt ist. Auch sollte nicht zu starr zwischen stabilen und problematischen Gebieten unterschieden werden, denn jedes Quartier hat sein individuelles Profil und eigene Herausforderungen. Die Quartiersplanung muss jedoch auch im Kontext der Gesamtstadt stattfinden.

Carsten Hagenau: Nötig ist die Entwicklung einer positiven Sicht auch auf problematische Stadtteile, nach dem Motto „Was kann dieser Stadtteil leisten, was kein anderer leistet?“. Es muss klar werden, dass auch diese Quartiere eine Ressource für die Gesamtstadt darstellen.

Theresa Lauerbach: Der Begriff „Soziale Stadt“ ist zu einer Marke geworden, wobei er zu Beginn jedoch auch oft als eher negativer Stempel aufgefasst wurde, den Stadtteile aufgedrückt bekamen. Mit der Umbenennung des Programms in „Sozialer Zusammenhalt“ wird zukünftig ein deutlicherer Hinweis auf den sozialen Aspekt gegeben. Vielleicht kann auch durch die Flexibilisierung des Programms die Stigmatisierung ein Stück weit abgebaut werden.



Preisverleihung zum Wettbewerb „Vorbildprojekte der Sozialen Stadt in NRW“

Laudatio:

Robert Ambrée (Montag Stiftung urbane Räume)

Preisverleihung:

Stefan Schwarz (Stadt Essen, Sprecher des Städtenetzes Soziale Stadt NRW)

Carsten Tum (EG DU, Sprecher des Städtenetzes Soziale Stadt NRW)

Robert Ambrée ist Mitarbeiter der „Montag Stiftung Urbane Räume“ und im Bereich „Initialkapital für die Stadt- und Quartiersentwicklung“ tätig. Herr Ambrée war Mitglied der Wettbewerbsjury und hielt die Laudatio zu den verschiedenen Vorbildprojekten. Stefan Schwarz und Carsten Tum, die Sprecher des Städtenetzes Soziale Stadt NRW, gratulierten den Vertreterinnen und Vertretern der Projekte und überreichten ihnen die Urkunden. Im Anschluss hatten die an den Projekten beteiligten Akteure Gelegenheit, ihr Projekt kurz vorzustellen.

Zur Vorstellung aller eingereichten Projekte wurde eine gesonderte Dokumentation des Wettbewerbs erstellt. Diese steht auf der Internetseite des Städtenetzes Soziale Stadt NRW (www.soziale-stadt-nrw.de) zum Download bereit.



Bild links (v. l.): Robert Ambrée, Stefan Schwarz, Michaela Dierkes, Rüdiger Geißler, Karen Dietrich, Carsten Tum, Dennis Ifkovitz

Projekt „beWiesen!“ Programmgebiet Duisburg-Marxloh

Innerhalb des Kooperationsprojektes „beWiesen!“ renovieren Schülerinnen und Schüler im Rahmen einer Schul-AG an der Grillo-Gesamtschule unter fachkundiger Anleitung Wohnungen in der Wiesenstraße. Die von der Duisburger Baugesellschaft GEBAG kostenlos zur Verfügung gestellten Wohnungen werden dann im renovierten Zustand für soziale Projekte kostenfrei nutzbar sein. Die Projektidee entstand im „AK DU 11“ (Arbeitskreis sozialer Einrichtungen in Marxloh). Mit dem Projekt gehen insbesondere folgende Ziele einher: Erlernen von handwerklichen und sozialen Kompetenzen, Berufsorientierung, Erkennen eigener Fähigkeiten und Interessen, Renovierung von verwohntem Wohnraum für soziale Zwecke, Beseitigung von Wohnungsleerständen, Bewusstseinsbildung bei Nachbarinnen und Nachbarn, Motivation weiterer Eigentümerinnen und Eigentümer, nachhaltige Belebung des Quartiers. Die Anschubfinanzierung erfolgte über den Verfügungsfonds.

Perspektivisch soll eine Schülerfirma im Bereich „Renovieren“ gegründet werden, die z. B. für benachteiligte Menschen tätig werden kann. Es laufen Bestrebungen, eine Nachbarschaftsinitiative aufzubauen, die sich für das Quartier engagiert. Das Projekt soll das Engagement von Immobilieneigentümerinnen und Immobilieneigentümern befördern und neue Impulse geben.

„Das Projekt begeistert die Jury, denn ‚beWiesen!‘ erreicht Jugendliche und zeichnet sich durch viele Beteiligte sowie eine intensive Kooperation mit der Wohnungswirtschaft aus. Trotz des kleinen Budgets wird eine hohe Effizienz bewirkt. Lobenswert ist insbesondere der parallele Nutzen für Jugendliche, soziale Projekte und die Nachbarschaft. Die Beseitigung von Wohnungsleerständen durch eine Qualifizierungsmaßnahme von Schülerinnen und Schülern wird als innovativer Ansatz gelobt. Insbesondere die Verknüpfung der Aspekte Wohnen und Bildung ist vorbildhaft gelungen.“



Bild links (v. l.): Stefan Schwarz, Robert Ambrée, Rolf Martin, Carsten Tum

Projekt „Interkulturelle Gärten“ Programmgebiet Bielefeld Sieker-Mitte

Der „Garten-Kultur-Verein(t) Sieker e.V.“ wurde 2013 als soziales Projekt anlässlich der Entwicklung des Sieker-Parks gegründet. Ziel war es, nachbarschaftliche Netzwerke zu stärken und alternative Freizeitangebote ebenso wie Angebote zur Gesundheitsförderung zu schaffen. Seit der Gründung 2013 gärtnernten bereits 71 (teils wechselnde) Familien und eine Gruppe von Studentinnen und Studenten auf 2.500 qm Fläche. Aktuell sind zehn verschiedene Nationalitäten im Verein vertreten.

Der Gartenverein und das Gartenprojekt haben alle Erwartung der Politik und Stadtverwaltung übertroffen. Zu Beginn des Projektes herrschte große Skepsis, ob die Bewohnerschaft das Projekt meistern könnte. Heute wird der Gartenverein als Modellprojekt in Bielefeld angesehen. Das in den ersten Jahren verfolgte Ziel, inneren Zusammenhalt im Verein herzustellen, ist nun erreicht und die Verstetigung des Projektes und die Loslösung von bisherigen Unterstützungsstrukturen eine wichtige Aufgabe. Vereinsvertretende nehmen inzwischen regelmäßig an der Stadtteilkonferenz des Quartiers teil und kooperieren mit vielen anderen Akteuren, mit denen sie gemeinsam oder mit organisatorischer und finanzieller Unterstützung weitere Projekte durchführen.

„Laut Jury besticht das Projekt durch seine Nähe zur Wohn- und Lebenswelt der Beteiligten. Es ist selbsttragend und erzielt trotz der vergleichsweise kleinen Projektgröße eine große Wirkung. Positiv hervorzuheben sind die lange Laufzeit und die Verstetigungsansätze für das Gartenprojekt: Dieser Aspekt spricht für die Identifikation der Projektbeteiligten. Auf vorbildhafte Art wird in diesem Projekt das Gärtnern zum Vehikel für das Aktivwerden für den eigenen Stadtteil.“



Bild links (v. l.): Robert Ambrée, Stefan Schwarz, Saloua Oudda, Mona Kheir El Din, Karin Neugebauer, Carsten Tum

Projekt „Bildungs- und Familienzentrum Vielinbusch“ Programmgebiet Bonn Neu-Tannenbusch

2017 bewarb sich die Unternehmergeellschaft „Vielfalt in Tannenbusch“ um die Trägerschaft des Zentrums und erhielt den Zuschlag. Die Kommune ging das Wagnis ein, einem neuen Träger mit unkonventioneller Struktur die Trägerschaft zu überlassen. Die Trägerorganisation setzt sich zusammen aus acht verschiedenen Vereinen und (Migrantenselbst-)organisationen, die im Stadtteil aktiv sind und die vorhandene Vielfalt abbilden. Mit breit gefächerten Angeboten stärkt der Träger des Hauses Vielinbusch Familien unter Beibehaltung ihrer eigenen Identität für die gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft und das Engagement im Stadtteil. Die Angebote des Hauses werden von unterschiedlichen im Stadtteil aktiven Trägern angeboten und in verschiedenen Sprachen bzw. mehrsprachig durchgeführt. Durch das Haus Vielinbusch werden die bereits bestehenden engen Kooperationen vertieft und konzeptionell verankert. Das Haus ergänzt so die vorhandenen Angebote des Stadtteils und bietet anderen Trägern an, eigene Angebote zu veranstalten. Die Angebote sind inklusiv, niedrigschwellig und bedarfsgerecht.

Wöchentlich nutzen ca. 450 Gäste das Bildungs- und Familienzentrum Vielinbusch zum Austausch, zur Information sowie für Bildung und Freizeitgestaltung. Es leistet mit seinen Angeboten und Möglichkeiten einen wichtigen Beitrag für die Quartiersentwicklung im Fördergebiet und wirkt über die Quartiersgrenzen hinaus.

„Die Jury ist sich einig: Der Mut zur Bewerbung des Trägers wurde belohnt. Die neue Variante der Trägerschaft zeichnet sich durch die Vielfalt und Teilhabe der migrantischen Community aus und ist als vorbildhaft zu bezeichnen. Die Verantwortungsübernahme, aber auch die Schaffung von mehreren Kommunalstellen durch die Bundesstadt Bonn sind eine bemerkenswerte Kombination.“



Bild links (v. l.): Stefan Schwarz, Robert Ambrée, Jens Wölki, Matthias Ruhnke, Susanne Linnebach, Carsten Tum

Projekt „Nachbarschaftliches Engagement für Viele“ Programmgebiet Dortmund-Hörde

Bewohnerinnen und Bewohner setzten sich aktiv für das Quartier und seinen Imagewandel ein. Sie sorgten dafür, dass der Bereich mit in die Gebietskulisse des Fördergebietes integriert wurde. Die Ziele der Akteure am Neumarkt sind die Verbesserung des Zusammenlebens der Menschen im Quartier, eine gute nachbarschaftliche Atmosphäre trotz aller Unterschiede und die Imageverbesserung des Quartiers. Mit Blick auf den 2012 eingerichteten Hörder Stadtteilstiftungs- und andere Finanzierungsquellen gründeten neue und alte Nachbarinnen und Nachbarn 2014 den Verein „Wir am Hörder Neumarkt e.V.“. Gemeinsam werden seitdem zahlreiche Projekte, wie die Umnutzung einer alten Gaststätte zum „Nachbarschaftswohnzimmer“ oder viele Feste und Aktionen realisiert. Die Möblierung und Bepflanzung des Platzes wurde über den Stadtteilstiftungs- vorangetrieben.

Die Atmosphäre am Hörder Neumarkt hat sich verändert: Bei gutem Wetter herrscht dort reges Treiben und die Alkoholikerszene fällt kaum noch auf. Eigentümerinnen und Eigentümer engagieren sich für ihre Immobilien, die Leerstände sind so gut wie verschwunden und Medien berichten positiv über das Leben im Viertel. Alteingesessene Neumarkt-Bewohnerinnen und Bewohner nutzen regelmäßig die Veranstaltungen im „Haus Rode“ und diese bringen auch Menschen ins Quartier, die die Atmosphäre des Viertels und die lebendige Nachbarschaft lieben und schätzen. Das Image wandelt sich. Auf diesen Erfolgen ruhen sich die Bewohnerinnen und Bewohner nicht aus. Neue Herausforderungen werden aktiv angegangen und neue Ziele definiert (u. a. Klimafolgenanpassung, Ausbau und Sanierung eines Veranstaltungssaals).

„Die Jury ist sich einig: Dieses klassische Bottom-up-Projekt gibt quartiersinterne Impulse, ohne große bauliche Projekte zu benötigen. Die Bewohnerinnen und Bewohner setzen sich aktiv für ihr Wohnumfeld ein, statt sich nur zu beschweren. Auch mit aktuellen Themen wie dem Klimawandel wird konstruktiv umgegangen. Ohne große Investitionen werden beeindruckende Wirkungen erzielt. Vorbildhaft ist insbesondere das gezielte Aktivwerden der direkt betroffenen Akteure als Reaktion auf Problemlagen, die es in Gebieten der Sozialen Stadt häufig gibt.“



Bild links (v. l.): Robert Ambrée, Stefan Schwarz, Holger Lohse, Hans Kratz, Mila Ellee, Birger Schwalvenberg, Carsten Tum

Projekt „Stadtkrone/Bürgerpark Maria Lindenhof“ Programmgebiet Dorsten „Wir machen MITte“

In einem breit angelegten Beteiligungsprozess sollte die Umgestaltung von Grünräumen und Plätzen entwickelt werden, um so eine größtmögliche Rauman eignung und Akzeptanz der Planung durch die Bürgerschaft zu erreichen. Der in unterschiedlichen Gremien und offenen Veranstaltungen angelegte, mehrstufige Beteiligungsprozess gliederte sich grundlegend in zwei Phasen: 2017/2018 – Bürgerbeteiligungsprozess „Stadtkrone“; ab 2019 – Bürgerpark Maria Lindenhof. Das Beteiligungsprojekt wurde von der Kuratorin Marion Taube begleitet, welche einen Spielplan mit verschiedenen Veranstaltungen (Bau von Fahrradrikschas, Anlage Essbarer Garten, Erstellung Schriftbild „I'M WITH ARTIST“, Tagesopern, Stummfilmnächte und andere) erarbeitete. In den sogenannten „Sternstunden“ konnten Bürgerinnen und Bürger ihre Wünsche zur zukünftigen Gestaltung des Parks hinterlassen, womit an die vorhergegangene Auftaktveranstaltung „Strahlen“ angeknüpft wurde. Die Lichtinszenierungen unter dem Titel „Funkeln“ rundeten die Aktionsreihe ab. Im Rahmen einer Zukunftswerkstatt übernahmen Vor-Ort-Akteure durch die Gründung eines Vereins die Regie und das Kulturprogramm wurde fortgeführt. Ein Parkbürgermeister und der Trägerverein begleiten seitdem die Entwicklung des Parks.

Der Freizeitpark konnte seine ehemalige Bedeutung zurückerlangen und ist nun Ort für Kultur, Natur und Freizeitgestaltung. Eine nachhaltige Verstetigung des Projektes ist durch den neuen Trägerverein gegeben. Der Entwurf der „Stadtkrone Dorsten“, welche als Landschaftsbauwerk den Wandel symbolisieren soll, wurde durch ein wettbewerbliches Verfahren ermittelt. In 2019 soll das Bauwerk realisiert werden. Die Umgestaltung des Parks erfolgt ab 2020.

„Die Jury lobt insbesondere den Aktivierungsprozess im Vorfeld. Dieser stellt eine herausragende und sehr kreative Herangehensweise dar. Die Projektbeteiligten legten los statt zu warten und dieser Mut soll belohnt werden. Auch der neue Trägerverein und die innovative Rolle eines Parkbürgermeisters sind aner kennenswert. Nachahmungswert ist insbesondere der Beteiligungs- und Mitwirkungsprozess mit zahlreichen kreativen Ansätzen.“



Timo Heyn
empirica AG

Ergebnisse der Werkstattreihe „Sozialraumorientierung und ressort- übergreifende Handlungsansätze“

Timo Heyn von der empirica AG ist Mitautor der Abschlussdokumentation der Werkstattreihe „Sozialraumorientierung und ressortübergreifende Handlungsansätze in der Stadtentwicklung und im Quartier“ des Städteneetzes Soziale Stadt NRW. Die Werkstattreihe wurde mit zehn Veranstaltungen von Mitte 2017 bis Anfang 2019 in neun nordrhein-westfälischen Städten durchgeführt. Dabei wurden verschiedene Themenfelder und Handlungsbereiche der integrierten Quartiersentwicklung in Fachvorträgen behandelt und in Arbeitsgruppen weiterführend diskutiert. Insgesamt nahmen etwa 460 Personen aus 38 verschiedenen Kommunen und von 49 verschiedenen Institutionen, Verbänden und Einrichtungen teil. Ziel der Werkstätten war es, das Handlungsprinzip „Sozialraumorientierung“ aus verschiedenen Perspektiven heraus zu betrachten und gemeinsame Beiträge zur Weiterentwicklung der integrierten Quartiersentwicklung für die zukünftig anstehenden Herausforderungen in den benachteiligten Gebieten zu erarbeiten. Die Ergebnisse wurden zunächst in zehn Einzeldokumentationen der Veranstaltungen durch das Büro STADTRAUMKONZEPT aufbereitet. Mit der anschließenden Erstellung der Abschlussdokumentation wurde eine qualifizierte Zusammenfassung der Ergebnisse und der zentralen Empfehlungen vorgenommen.

„Das, was wir heute anhand der Würdigung von einzelnen Projekten im Wettbewerb erlebt haben, ist eine Besonderheit. Die Wertschätzung von zusätzlichem bürgerschaftlichen Engagement in der Stadtteilentwicklung ist in der üblichen Praxis nicht alltäglich.“

Herausforderungen für die integrierte Quartiersentwicklung

Auch nach zwei Jahrzehnten, in denen das Programm „Soziale Stadt“ wirken konnte, sind noch immer viele Herausforderungen geblieben. Zudem führen neue Rahmenbedingungen durch aktuelle Entwicklungen und Dynamiken zu neuen Anforderungen. Aber auch der praktische Erfahrungsschatz wächst und differenziert sich weiter aus, weshalb der Austausch zwischen den verschiedenen Programmteilnehmenden eine schlichte Notwendigkeit darstellt.

Strategische und praktische Lösungen, aber auch Engpässe

Als Ergebnisse der Werkstattreihe können im Wesentlichen die folgenden Punkte festgehalten werden: Festzustellen ist eine Verfestigung bekannter Anforderungen mit Überlagerung neuer Aufgaben im Quartier. Hier sind beispielsweise Integration, Segregationstendenzen oder Umweltbelange zu nennen. Gefordert sind neue ressortübergreifende räumliche und soziale Ansätze.

Als „selbstverständliche“ integrierte Handlungsebene sollte der Sozialraum noch stärker als bisher im Vordergrund stehen. Das Quartier und der Sozialraum bilden zwar relevante Planungs-, Steuerungs- und Umsetzungsgrößen, stringente und dauerhafte praktische Umsetzung sind jedoch nicht immer selbstverständlich. Ressortübergreifende Handlungsansätze müssen weiterhin als fester Bestandteil der Sozialen Stadt präsent sein. Praktische Engpässe und Zwänge erschweren jedoch oftmals ressortübergreifende Zusammenarbeit in der kommunalen Praxis. Jedoch muss festgestellt werden, dass eine grundlegende gesellschaftliche Ungleichheit nicht durch integrierte Quartiersansätze allein aufgehoben werden kann, aber integrierte Ansätze konkret den Abbau städtebaulicher Hemmnisse ermöglichen und negative Folgewirkungen räumlich konzentrierter Armutslagen reduzieren können. Daher muss die Erwartung an die Wirksamkeit, aber auch die notwendige Langfristigkeit und bestehende Dauerhaftigkeit der Aufgaben entsprechend kommuniziert werden.

Empfehlungen

Die Ergebnisse der Werkstattreihe führen abschließend zu folgenden Empfehlungen:

- „Förder-Programmitis“ braucht einen konsistenteren Rahmen für die kommunale Praxis
- Stärkung und Professionalisierung der „integrierten“ Kompetenzen
- Verstetigung bewährter Entwicklungsstrategien für Stadtteile
- Beteiligung, Empowerment und Engagementförderung als Grundlage für die Verstetigung
- Bessere Förderfähigkeit flankierender (sozialer) Maßnahmen
- Netzwerkarbeit auch über Landesgrenzen hinweg



Margarete Meyer

Stadt Essen, Leiterin der Geschäftsstelle des Städteneetzes
Soziale Stadt NRW

Positionierung des Städteneetzes Soziale Stadt NRW

Margarete Meyer ist seit 1999 mit der Leitung der Geschäftsstelle des Städteneetzes Soziale Stadt NRW betraut und erläutert in ihrem Vortrag einzelne Positionen des Städteneetzes zur weiteren Ausrichtung der Städtebauförderung und des Programms „Soziale Stadt“ im Speziellen. Das hierzu vom Städteneetz Soziale Stadt NRW erarbeitete Positionspapier wurde anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Programms „Soziale Stadt“ verfasst und stützt sich inhaltlich auf die Ergebnisse der Werkstattreihe „Sozialraumorientierung und ressortübergreifende Handlungsansätze in der Stadtentwicklung und im Quartier“ sowie auf den stetigen Austausch der Mitgliedskommunen im Rahmen der Netzwerkarbeit.

Bekennnis zur Sozialen Stadt

Das Programm „Soziale Stadt“ ist Vorreiter in der räumlichen Programmatik und Planungspraxis. Es leistet mit den baulichen Maßnahmen und seinen flankierenden Instrumenten (Integrierte Handlungskonzepte, Quartiersmanagement, Verfügungsfonds) einen sehr wichtigen Beitrag, in benachteiligten Quartieren die baulichen Voraussetzungen für soziale Aktivitäten zu schaffen sowie Akteure zusammenzubringen und zu mobilisieren. Die Soziale Stadt ist somit zugleich Experimentierfeld, Möglichkeitsraum und Reallabor, in welchem Strategien und Arbeitsweisen, Themen und Handlungsfelder, Beteiligungsmethoden und -instrumente, aber auch Kooperationsstrukturen erprobt und entwickelt werden.

„Wir sehen es positiv, dass der Bund sich auf den Weg gemacht hat, ressortübergreifende Strategien zu entwickeln und eine Finanzierung entsprechender Projekte zu ermöglichen.“

Die kommunale Steuerung unter Handlungsdruck

Die in den 1990er Jahren vorherrschenden Rahmenbedingungen – Strukturwandel, lokal stark divergierende Zuwanderung, demographischer Wandel und sozio-ökonomische Spaltungstendenzen – gaben Anlässe dazu, dass in der Quartiersentwicklung viele innovative Ansätze entwickelt und Experimente gewagt wurden. Der Quartiersansatz, aber auch neue Beteiligungs- und Kooperationsstrukturen sind hier als Beispiele zu nennen. Die Städtebauförderung kann als Garant für tragfähige, nachhaltige und langfristige Planungsprozesse gesehen werden, ohne die vielerorts die stadtentwicklungspolitischen Ziele nicht oder nur teilweise umgesetzt werden könnten. Die Kommunen sind sich ihrer Rolle und Aufgabe innerhalb der Gemeinschaftsinitiative bewusst und viele Aufgaben zur Optimierung der Verfahren innerhalb der Kommunen sind bekannt und werden angegangen.

Gemeinsam für lebenswertere Stadtteile und Quartiere

Das aktuelle Positionspapier „Anregungen des Städteneetzes Soziale Stadt NRW zur Weiterentwicklung und Restrukturierung der Städtebauförderung“ fasst die Empfehlungen schriftlich zusammen. Zentrale Empfehlungen des Städteneetzes Soziale Stadt NRW sind:

- Vereinheitlichung und Vereinfachung von Verfahrens- und Projektabläufen
- Verzahnung und Flexibilisierung bestehender Programme
- Förderfähigkeit weiterer flankierender Maßnahmen
- Kommunikation zwischen den und innerhalb aller räumlichen Ebenen
- Professionalisierung aller beteiligten Akteure
- Förderung von Projekten zur besseren Verstetigung und „Nachsorge“
- Planungssicherheit zur Schaffung langfristiger Strukturen

Bei einer Umsetzung der Empfehlungen könnten die zur Verfügung gestellten Mittel aus Sicht des Städteneetzes schneller, präziser und wirkungsvoller für die Aufwertung und Stabilisierung der Stadtteile und Quartiere verwendet werden.

Das Positionspapier ist online verfügbar unter:

www.soziale-stadt-nrw.de/news/positionspapier_staedtenetz



Podiumsgespräch „Zukunft der Sozialen Stadt“

Dr. Petra Potz im Gespräch mit

Sabine Nakelski (Referatsleiterin im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen)

Gabriele Schmidt (Referatsleiterin im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen)

Stefan Schwarz (Stadt Essen, Sprecher des Städtenetzes Soziale Stadt NRW)

Carsten Tum (Entwicklungsgesellschaft Duisburg, Sprecher des Städtenetzes Soziale Stadt NRW)

Wie sollte es aus Ihrer Sicht mit dem Programm „Soziale Stadt“ in den nächsten Jahren weitergehen?

Carsten Tum: Es handelt sich beim Programm, das hat der heutige Tag deutlich gezeigt, um eine Daueraufgabe und die fortlaufende Herausforderung zur Verstetigung der Angebote in den Programmgebieten. Wir brauchen allerdings einen stärkeren Fokus auf die Themen „Bildung“ und „Zuwanderung“, denn in diesen Feldern haben die Kommunen seit 2015 neue Herausforderungen erlebt. Viele Stadtteile im Programm „Soziale Stadt“ sind „Ankunftsstadtteile“ geworden, und das zu kommunizieren, ist keine leichte Aufgabe. Bei der Unterstützung dieser Stadtteile handelt sich weiterhin um eine gesamtstädtische Aufgabe, die auch in den nächsten Jahren weiter bearbeitet werden muss.

Stefan Schwarz: Mit den städtebaulichen Interventionen allein können wir nicht alle Ziele in den Stadtteilen erreichen. Wir streifen lediglich die sozialen Fragen, wie Bildung oder Armut, die wir mit den städtebaulichen Ansätzen zwar in den Rahmenbedingungen verbessern, jedoch nicht ausreichend angehen können. Die Werkstattgespräche haben zudem gezeigt: Wenn wir stärker ressortübergreifend arbeiten wollen, brauchen wir auch mehr ressortübergreifende Förderung. Der Förderaufruf „Starke Menschen – starke Quartiere“ war ein gutes Mittel für alle Beteiligten, um voneinander zu lernen und integriertes Handeln stärker zu fördern.

Wie bewerten Sie im Rückblick den Projektaufruf „Starke Quartiere – starke Menschen“ und was sollte in Zukunft stärker in den Blick genommen werden?

Sabine Nakelski: Der Aufruf hatte zwei wesentliche Eckpunkte: Die Order von oben, also der klare Wunsch von Verwaltungsspitzen integrierte Projekte durchzuführen, förderte die Kooperation. Zudem zeigte sich die Implementierung einer EU-Förderung in drei Verwaltungsbehörden als Herausforderung. Den Quartieren der Sozialen Stadt wurde so eine Tür zu neuen, zusätzlichen Fördermitteln eröffnet. Der Ansatz des Programms war gut, denn er förderte durch die Aussicht auf Förderung die Zusammenarbeit. Ob es mit dem Aufruf in der neuen Förderperiode weiter geht, ist zurzeit noch nicht zu sagen.

Gabriele Schmidt: In den Ressorts, die mit Städtebauförderung keine Berührung hatten, musste zunächst erlernt werden, Integrierte Handlungskonzepte zu erstellen und mit den Förderbedingungen zu arbeiten. Schnell merkte man dort jedoch, dass die neue Arbeitsweise die Möglichkeit bot, Projekte hinsichtlich ihrer Inhalte zu überprüfen und sicherzustellen, dass die Vorstellungen des eigenen Fachgebietes einfließen würden. Diese neuen Erfahrungen sowie die Fokussierung auf den Sozialraum bzw. das Quartier als Handlungsebene werden in zukünftigen Projekten in allen beteiligten Ressorts Beachtung finden. Die Soziale Stadt hat den Blick geöffnet für die Lagen vor Ort, für die herausfordernden Quartiere und für den Gedanken dorthin gezielt Mittel zu geben. Die Stadt kann allerdings nur als ganze sozial sein. Der präventive Ansatz sollte stärkere Verwendung finden, denn es gilt zu verhindern, dass heute gut dastehende Quartiere abstürzen.





Austausch zur Performance „#nofear: Macht den Weg frei“

MIT OHNE ALLES / THEATERKOLLEKTIV BERLOCKEN
der Jungen Triennale der Ruhrtriennale



„Das Projekt hat mir eine Vielfältigkeit gezeigt: Die Menschen die wenig haben, aber dabei total herzlich sind und einen super aufnehmen. Das war das größte für mich, dass dieser Stadtteil so viel zu bieten hat!“

„Künstler und Bewohner des Stadtteils haben eine sehr innige Beziehung aufgebaut.“

„Auch wenn Leute scheinbar am ‚unteren Ende der Macht‘ stehen ist es nicht so, denn jeder hat Macht.“

Sonja Wallert, Dario Scheffler und Eske Hahn, die drei Vertreterinnen und Vertreter des Nachwuchswuchskünstler*innenkollektiv „MIT OHNE ALLES“, gaben zum Abschluss der Festtagung mit der Vorstellung ihres Projektes einen anschaulichen Einblick, wie man sich auf künstlerische Weise der lebensweltlichen Situationen der Menschen in den Quartieren der Sozialen Stadt nähern kann. Hierzu präsentierten sie den Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern einen kurzen Film zu ihrem Projekt. Anschließend berichteten sie in einem Podiumsgespräch mit Frau Dr. Potz von ihren eigenen Erfahrungen und Erlebnissen, die sie während des Projektes sammeln konnten.

Wir haben keine Angst. Wir wollen alles.

Bei dem von 2018 bis 2020 dauernden Projekt „#nofear“ der Jungen Triennale der Ruhr Triennale steht die Frage im Vordergrund: Wie schaffen wir es, Angst vor dem Fremden, vor Diversität und vor der Zukunft zu überwinden? Das Projekt erprobt die künstlerische Begegnung im Stadtraum und die performative Dokumentation des Erlebten. Dabei werden insbesondere die Themen Sexualität, Macht und Zukunft in den Blick genommen.

Was ist Macht?

Im Vorfeld der Performance wurden in Essen Katernberg Interviews mit verschiedenen Akteuren geführt sowie seitens der Mitglieder des Theaterkollektivs ein Versuch gestartet, ohne Geldmittel ein Essen für viele auf dem Katernberger Marktplatz zusammenzustellen. Aus den Gesprächen und dem Erlebten entwickelten die jungen Künstlerinnen und Künstler dann die Performance, um die zentralen Themenstellungen möglichst vielfältig und lebensnah zu beleuchten.

Der Film zu dem Projekt „#nofear“ kann unter dem folgenden Link angesehen werden:
<https://www.youtube.com/watch?v=hp0TUdpOYW4>



Impressionen der Festtagung





